

// NR. 4-2015 // ISSN 1615-5017



Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) Landesverband Baden-Württemberg



www.gew-bw.de

- 4 Flüchtlingshilfe
- 5 Kurz notiert
- 6 Hans-Böckler-Medaille für Hildegard Klenk
- 7 Leserbrief zu „Aufarbeitung der Berufsverbote“ in AR 3, S. 10
- 8 Erhard Jöst - „Blauer Trost“ - Gedichte
- 10 Rechtsschutz auch für GEW-Mitglieder im Ruhestand
- 11 Eugen-Rombach-Tage: „Älterwerden als Chance“
- 14 Neue Medien
- 15 Seminarangebot
- 15 Reiseangebote
- 15 Treffen der Mitglieder 60+

Impressum

Aktiver Ruhestand: Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg

Redaktion: Barbara Haas und Beatrix Boestel

Anschrift: Barbara Haas, Wolfsbergallee 59, 75177 Pforzheim, Tel. 07231 35 90 55, E-Mail: barbara.haas@gew-bw.de

Verlag: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Gestaltung: Tomasz Mikusz, Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12–14, 73230 Kirchheim unter Teck

Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzelexemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter barbara.haas@gew-bw.de oder der Postadresse. Melden können sich gerne auch Kolleginnen und Kollegen, die in der Redaktion mitarbeiten wollen. AR

Titelfoto: Garten im Iran, Barbara Haas

Dezember 2015

Auf ein Wort

// Zeit, Position zu beziehen! //

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Thema „Flüchtlinge“ ist in aller Munde, ausgehend von der Frage, ob wir das schaffen, bis hin zur Behauptung, die Flüchtlinge würden uns die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Bilder von der Balkanroute schockieren, trotzdem pochen Pegida-Demonstranten auf das St. Florians-Prinzip. Gewalttaten gegenüber Flüchtlingen haben deutlich zugenommen. Viele Politiker appellieren, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen: Ängste vor finanziellen und humanitären Mehrbelastungen, die für uns alle in Deutschland Auswirkungen haben. Laut sind allerdings vor allem die Menschen, die nie auf der Flucht vor Krieg und Terror waren, sondern sich durch Fremdenfeindlichkeit und Hetze mitziehen lassen. Ich meine, es kann nicht sein, dass 18 000 Menschen schreien und 81 Millionen Deutsche schweigen. Haben wir nicht 70 Jahre in Frieden leben dürfen! Es gibt noch Kolleg/innen unter uns, die sich an die Gräueltaten des letzten Krieges erinnern und gut nachvollziehen können, was es heißt, in ständiger Angst zu leben!

Zeit, Position zu beziehen!

Ich erinnere an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“ Die Genfer Flüchtlingskonvention sagt es noch deutlicher.* Viele von uns engagieren sich bereits in der Flüchtlingshilfe, das ist humanitäres Gebot der Stunde. Sie erfahren unmittelbar, wie sehr Behörden überfordert sind und hauptamtliches Personal fehlt, da niemand vorbereitet ist auf die Flut von Menschen, denen geholfen werden muss.

Es liegt trotzdem an uns zu zeigen, dass wir eine Kultur wollen, in der alle selbstverständlich aufeinander zugehen und sich nicht von Vorurteilen leiten lassen. An den Schulen müssen alle jungen Menschen darauf intensiver als bisher vorbereitet werden, auf eine Kultur, in der Fanatismus keinen Raum hat. Spätestens jetzt ist es an der Zeit, Konzepte zu entwickeln und gewaltfreie Kommunikation zum Unterrichtsgegenstand zu machen.

* Genfer Flüchtlingskonvention: Als Flüchtling wird die Person bezeichnet, die „... aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“



Barbara Haas

Menschen, die in Deutschland Fuß fassen wollen, müssen vorrangig Deutsch lernen. Auch hier fehlen Lehrkräfte in den Schulen und in den Flüchtlingsunterkünften. Kultusminister Stoch fordert Lehrkräfte im Ruhestand auf, sich in Vorbereitungsklassen zu engagieren, möglichst die Kolleg/innen, die Deutsch unterrichtet haben und über die Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“ oder „Deutsch als Zweitsprache“ verfügen. Rechtliche Bedingungen insbesondere zur Bezahlung und der Dauer der Tätigkeit müssen noch geklärt werden, da Zuverdienstgrenzen für die Tätigkeit beim gleichen Arbeitgeber oder in der Zeit vor der gesetzlichen Pensions- oder Rentengrenze gelten. Die GEW hat unter dem folgenden Link die notwendigen Informationen bereitgestellt: <http://www.gew-bw.de/beamte>

Natürlich darf der Staat nicht von der Pflicht befreit werden, zusätzliche Mittel und funktionierende Strukturen bereitzustellen. Die GEW fordert daher vom Land, neben Lehrer/innen in den Schulen und Kitas weiteres zusätzliches Personal bereitzustellen, vor allem Psycholog/innen, Dolmetscher/innen, Schulsozialarbeiter/innen und Traumatherapeut/innen. Der Bundesvorstand der GEW hat der Presse ein umfassendes Paket an Sofortmaßnahmen vorgestellt: „Bildung kann nicht warten“: <http://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/>

Auch in den Flüchtlingsunterkünften brauchen alle ehrenamtlich Tätigen Unterstützung, sowohl durch Bereitstellung von funktionierenden Strukturen, von Materialien und einer angemessenen Entschädigung. Einarbeitung, Fortbildung und Austausch mit anderen Helfer/innen dürfen nicht fehlen. Auch hier dürfen Ehrenamtliche nicht die professionelle Arbeit von Fachkräften ersetzen.

Packen wir es an und sind nicht still, wenn wir auf fremdenfeindliche Parolen treffen!

Barbara Haas

Flüchtlingshilfe

// Neue Herausforderungen für Ruheständler/innen //

Jede Gemeinde und jeder Landkreis hat die dringende Aufgabe zu lösen, Flüchtlinge unterzubringen und möglichst schnell in der Gemeinde zu integrieren. Gesucht sind ehrenamtlich Tätige, die sich in ganz unterschiedlichen Bereichen engagieren können: vom Kulturprogramm bis Spiele- und Bastelnachmittag,

Einladung zu gemeindlichen und kirchlichen Veranstaltungen, Einladung der Sportvereine mit wöchentlichen Treffen zum Laufen, Fußball- und Handballspielen sowie Schwimmunterricht, Begleitung zu Ämtern und Ärzten. Der Deutschunterricht hat natürlich die wichtigste und zentralste Bedeutung, dass eine Verständigung mit der einheimischen Bevölkerung und in den örtlichen Geschäften möglich ist.

Viele Landkreise und Gemeinden praktizieren bereits Deutschkurse, und da ist eine Vernetzung ganz wichtig. Es gibt unterschiedliche Kurssysteme auf verschiedenen Leistungsniveaus. Die Kosten werden, wenn es noch Plätze bei den örtlichen Volkshochschulen gibt, vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) getragen. Die Eingruppierung der Deutschkenntnisse orientiert sich nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER), der die Kompetenzen Hören, Lesen, Sprechen und Schreiben umfasst (Niveau aufsteigend von A1, A2, B1, B2, C1, C2). Die im Rahmen des GER erworbenen Sprachkenntnisse sind international gültig und vergleichbar. Einige Arbeitgeber verlangen für geringfügige Beschäftigungen zumindest elementare Sprachverwendung (A2 Niveau). Ehrenamtliche Tätigkeiten der Flüchtlinge in sozialen und gemeindlichen Einrichtungen sind davon nicht betroffen. Das ehrenamtliche Engagement von Flüchtlingen ist oft eine gute Möglichkeit, eine geringfügige Beschäftigung oder eine feste Anstellung zu erhalten. Deshalb sind viele Kontakte zu den unterschiedlichen Einrichtungen besonders wichtig.

Doch was ist mit den vielen, die keinen Platz in Deutschkursen erhalten? Hier könnten sich Ruheständler/innen für eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe engagieren und Kontakt zu einem örtlichen Helferkreis aufnehmen. Auch ich sprang vor einem Jahr ins „kalte Wasser“ und unterrichtete in einem Alphabetisierungskurs junge Männer aus Gambia und Kamerun. Mit mir sind weitere fünf Lehrer/innen beim Deutschunterricht in der Gemeinde tätig. Diese Afrikaner konnten weder deutsche Buchstaben lesen noch schreiben. Viele konnten nur arabische Buchstaben schreiben oder Koranschrift lesen. Der Schulunterricht in den Herkunftsländern wird oft nur in Missionsschulen, Koranschulen oder teuren Privatschulen angeboten.



Thannhauser Modell:
Der ehrenamtliche Helferkreis Thannhausen hat für die Asylbewerber vor Ort einen Deutschkurs konzipiert.

Kurz notiert

Die Lernfortschritte waren sehr unterschiedlich, so dass ich mich auf individuellen Unterricht einstellen musste. Doch der Erfolg war überraschend gut: einige konnten jetzt in Beruflichen Schulen in die Klassen Berufsvorbereitung ohne Deutschkenntnisse aufgenommen werden und einige besuchen das Sprachprogramm des Landkreises und Berufsbildungswerks. Ohne das Programm des Alphabetisierungskurses wäre das nicht möglich gewesen. In meiner Gemeinde, Wolfegg im Allgäu, verwenden wir für den Alphabetisierungskurs das Unterrichtswerk „Komm mit mir, lern Deutsch mit mir“ (kostenlose Veröffentlichung des Landkreises Ravensburg) und das Buch „ABC, Schritte plus, Alpha 1“, Hueber Verlag, das alle Lernenden zur Verfügung gestellt bekamen für einen Beitrag von 10,00 €. Die übrigen Kosten, wie Kopien und Bildmaterial, trägt der Helferkreis aus Spenden und die Gemeinde.

Wichtig ist eine verbindliche Anmeldung der Lernenden mit einem Kostenbeitrag für die Deutschkurse. Bei regelmäßiger Teilnahme (80 %) bekamen die Lernenden den Beitrag wieder zurückerstattet. Das regelmäßige und pünktliche Erscheinen zum wöchentlichen Kurs bedarf der Einübung und einer klaren Regelung. Darüber hinaus sind Regeln, wie man sich in der Gemeinde verhält und wie mit weiblichen Lehrpersonen umgegangen wird, eine sehr wichtige Botschaft, um die Integration erfolgreich zu beginnen.

Auch die Vermittlung von Sprachpaten in der Gemeinde hat sich sehr gewinnbringend erwiesen. Die Sprachpaten sind völlig frei, wie sie für die Flüchtlinge ein Programm gestalten: vom gemeinsamen Kochen, Einkaufen, Spaziergang usw. kann auch eine gemeinsame Beschäftigung in Garten und Haus angeboten werden. Die Erfahrung zeigte, dass sich der Sprachfortschritt in den Deutschkursen mit der Vermittlung von Sprachpaten enorm steigerte.

Mein Fazit: Eine lohnende Tätigkeit, die Gewinn für beide Seiten beinhaltet.

*Maria Anna Leuthner, Sonderschulrektorin i.R.
m.leuthner@online.de*

Das zweite Pflegestärkungsgesetz tritt in Kraft

Am 1. Januar 2016 soll es soweit sein. Neu ist der veränderte Pflegebedürftigkeitsbegriff, der endlich anerkennt, dass auch Unterstützung braucht, wer an Demenz leidet. Fünf für alle Pflegebedürftigen einheitlich geltenden Pflegegrade ersetzen die bisherigen drei Pflegestufen. Mit 5 Millionen Euro zusätzlich sollen die Verbesserungen finanziert werden. Niemand soll durch die neuen Pflegegrade schlechter gestellt werden. Das Bundesgesundheitsministerium ist der Überzeugung, dass die allermeisten Betroffenen deutlich mehr erhalten. Pflegende Angehörige werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung besser abgesichert. Der Beitragssatz der Pflegeversicherung wird im Gegenzug um 0,2 Prozent auf 2,55 bzw. 2,8 Prozent für Kinderlose erhöht und soll dann bis 2022 stabil bleiben.

Der DGB begrüßt die geplante automatische Überleitung der Pflegebedürftigen aus jetzt drei Pflegestufen in das neue System der fünf Pflegegrade ohne neue Begutachtung, die eine reibungslose Neuausrichtung der Pflegeversicherung ermöglicht. Er fordert allerdings weiterhin eine generelle Systemumstellung im Sinne der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung Pflege, weg von dem Nebeneinander gesetzlicher und privater Pflegeversicherungen.

AR

Letzte Etappe ab A 12 in der Besoldungserhöhung 2015

Die meisten Versorgungsempfänger/innen haben es sicher gemerkt: Mit den Versorgungsbezügen des Monats November griff die Besoldungserhöhung 2015, die vom Land für 214.000 Beamt/innen inklusive Versorgungsempfänger/innen ab A 12 aufwärts um 8 Monate verschoben wurde. Es gab 2,1 Prozent mehr, wobei davon 0,2 Prozent in die Versorgungsrücklage überführt werden. 2016 findet dieses „Spiel“ mit 2,3 Prozent nochmals statt. Angesichts der guten Haushaltslage hält die GEW die Verschiebung der Besoldungserhöhung für nicht nachvollziehbar.

AR

Hans-Böckler-Medaille für Hildegard Klenk



// Zum Tag der Gewerkschaften: Der DGB veranstaltet jährlich anlässlich der Gründung des DGB am 13. Oktober 1949 eine Feierstunde zum Tag der Gewerkschaften. An diesem Tag werden zudem in feierlichem Rahmen Gewerkschafter/innen mit der Hans-Böckler-Medaille geehrt, die ganz besonders durch ihre jahrzehntelange engagierte gewerkschaftliche Arbeit hervorstechen. So auch in Mannheim Mitte Oktober. //

Doch zuerst zum Tag der Gewerkschaften: Die Erklärung des 1. Mai zum offiziellen Feiertag durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 war der erste Schritt zur Zerschlagung der freien Gewerkschaften. Er wurde mit großem propagandistischem Aufwand begangen. Nur einen Tag später wurden die Gewerkschaftshäuser, Redaktionen, Zahlstellen der Einzelverbände und andere Einrichtungen der freien Gewerkschaften besetzt. Die Polizei griff nicht ein. Das Vermögen der Gewerkschaften wurde beschlagnahmt. Eine Reihe führender Gewerkschafter wurde in Schutzhaft genommen.

Schon 1945 gab es wieder erste Gewerkschaften in den Besatzungszonen. Erst am 13. Oktober 1949 wurde in München für den Westen der demokratische neue Dachverband der Arbeitnehmervertretungen als Einheitsgewerkschaft gegründet – der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB mit 16 Branchengewerkschaften, dessen erster Vorsitzender Hans Böckler war. Sie kämpfen bis heute als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Am 15.10.2015 hob der Vorsitzende des Kreisverbands Mannheim/Rhein-Neckar-West, Jens Lehfeldt, die aktuelle gewerkschaftliche Arbeit hervor, die am Industriestandort Mannheim immer wieder den Widerstand der Beschäftigten bei Stellenabbau erfordere. Erfreuliche Erfolge der Gewerkschaftsarbeit seien

das Bildungszeitgesetz und der Mindestlohn: Der DGB habe dazu viele Gespräche mit Landtagsabgeordneten geführt. Lehfeldt stellte bzgl. des Mindestlohns heraus: „Arbeit hat einen Wert, der nicht unterschritten werden darf!“ Der Mindestlohn ermögliche eine bessere Lebensqualität für viele, ersetze aber nicht die notwendige Umverteilung privaten Reichtums. Er forderte, dass der Mindestlohn auch für die Beschäftigung von Flüchtlingen gelten müsse. Sie müssten schnellstmöglich integriert und Ausbildung ermöglicht werden. Viel ehrenamtliche Arbeit sei jetzt notwendig. Lehfeldt appellierte unter Beifall, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keinen Raum haben dürfen, der DGB werde darin weiterhin Flagge zeigen.

Dass die Gewerkschaften durch möglichst viele Mitglieder an Durchsetzungsfähigkeit gewannen und DGB-Personal- und Betriebsräte als Gestalter eine starke Kraft bildeten, krönte er mit dem Satz, dass Mitgliedschaft eine Investition in die eigenen Beschäftigten und in die Zukunft des Landes seien.

Zur Ehrung: Die Ehrung von Hildegard Klenk nahm die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz vor. Sie würdigte Hildegard Klenks lange Gewerkschaftslaufbahn, die über lange Strecken eine beiden gemeinsame war, über den AjLE, die Arbeit im Bezirk Nordbaden, die Arbeit in Bezirks- und Hauptpersonalrat (GHWRGS) und auf GEW-Landesebene. Doro Moritz zeichnete Hildegard Klenks Gewerkschaftsleben nach, das



vom Einsatz für Benachteiligte, für Gerechtigkeit, für Toleranz und gegen Diskriminierung geprägt war. Beginnend mit Friedensbewegung und Nato-Doppelbeschluss, gegen Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse habe sie mit politisch klarem Blick und großem Einfühlungsvermögen gewerkschaftliche Ziele verfolgt. Nach einem Jahr Mitgliedschaft in der Postgewerkschaft gehöre sie seit 1974 der GEW an. Als AJLE-Vorsitzende habe sie die GEW-Arbeit für junge Mitglieder gestaltet, als Kreisvorsitzende unter anderem eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem DGB begründet, als stellv. Bezirksvorsitzende und seit dem Jahr 2000 als ehrenamtliche Bezirksvorsitzende die Arbeit im Bezirk Nordbaden geformt und an der gewerkschaftlichen Infrastruktur gearbeitet in der Tradition von Hans Clauser, dem sie auch in ihrem kulturellen Wissen eine würdige Nachfolgerin sei. Die gewerkschaftliche Bildung habe zu ihren Schwerpunkten gehört, der Ausbau von Schulungsveranstaltungen für Vertrauensleute und viele weitere Bereiche. Die Gleichstellung von Frauen und die Umsetzung des Landesgleichberechtigungsgesetzes seien ein Herzensanliegen gewesen und sind es immer noch. Nicht zuletzt habe sich Hildegard Klenk in der Stiftung der GEW „Fair Childhood – Stiftung gegen Kinderarbeit“ engagiert. Doro Moritz hob hervor, dass sie immer Arbeit mit Menschen für Menschen gemacht habe und weiterhin mache bis hin zum praktischen Zupacken. Im Namen der GEW Baden-Württemberg gratulierte die Vorsitzende der Geehrten herzlich! Die Anwesenden, darunter viele Wegbegleiter/innen und Freunde, applaudierten anhaltend.

Der „Aktive Ruhestand“ schließt sich den Gratulant/innen an und freut sich über die hohe Anerkennung einer ehrenamtlichen Funktionärin der GEW durch den DGB! Alles Gute für Hildegard Klenk!

Barbara Haas

Leserbrief zu „Aufarbeitung der Berufsverbote“ in AR 3, S. 10

1969 und 1972 habe ich Wahlkampf für die Ostpolitik von Willy Brandt gemacht und bis heute halte ich ihn für den wahren „Kanzler der Einheit“. Der einzige Schatten, der auf seine Regierungszeit fällt, ist für mich seine Mitwirkung am Radikalenerlass von 1972. Nicht „nur“ Angehörige von K-Gruppen, selbst Mitglieder der FDP und der FDP-nahen Jungdemokraten wurden damals Opfer des allgemeinen behördlichen Furors (s. b&w 5/2006) und bezahlten mit erheblichen persönlichen und beruflichen Nachteilen. Möglicherweise hielten es Brandt und die SPD für angebracht - gerade wegen der Öffnung gegenüber dem Osten - nach innen und an die Adresse der westlichen Verbündeten ein unmissverständliches Bekenntnis zur Westbindung abzulegen. Dieses politische Kalkül mag Brandt und die SPD entlasten, nicht jedoch diejenigen Gewerkschaften, die bedauerlicherweise ihrerseits ebenfalls sog. „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ fassten. Wenn jetzt, wie in „Aktiver Ruhestand“ 3-2015, die Aufarbeitung der Berufsverbote gefordert wird, muss ehrlicherweise auch die Rolle der SPD und der Gewerkschaften thematisiert werden. Dass CDU-Administrationen am längsten am Radikalenerlass festhielten, überrascht nicht wirklich, ist aber eben nur die halbe Wahrheit.

Peter Schild, Böblingen.

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe, behält es sich allerdings vor, auszuwählen oder zu kürzen.

AR

Erhard Jöst - „Blauer Trost“ - Gedichte

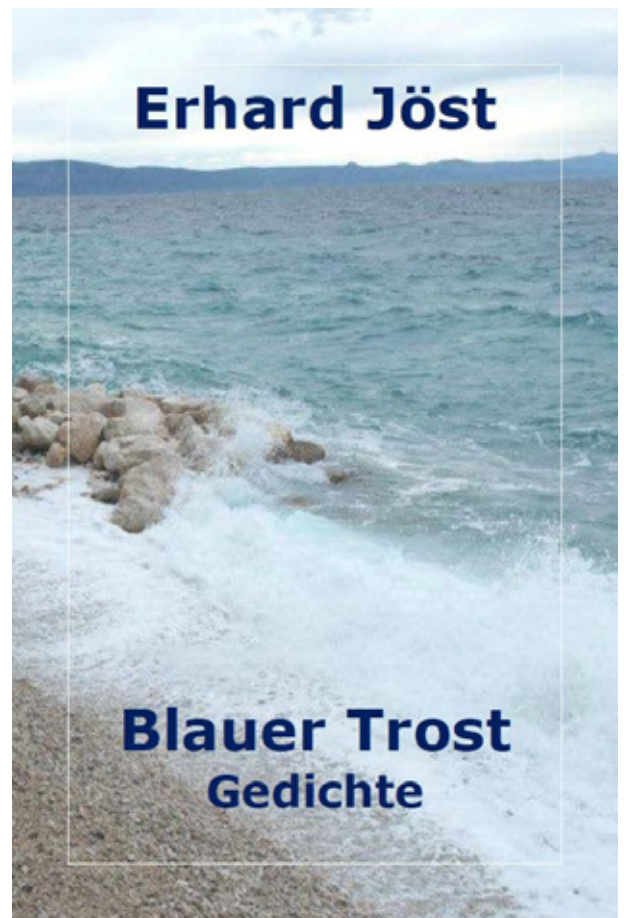
Kleine Kostproben, die einem unerwartet in den Schoß fallen, würzen den Alltag. So mir, als sich das Gedichtbändchen „Blauer Trost“ von Erhard Jöst in meinem Postfach einfand. Wenn ich bisher geglaubt hatte, die deutsche Kabarettlandschaft ganz leidlich zu kennen, um mitreden zu können, wurde ich mit einer großen persönlichen Bildungslücke konfrontiert. Doch diese zu schließen wurde zu einem überraschenden Vergnügen.

Erhard Jöst, Jahrgang 1947, promoviert, Gymnasiallehrer im Ruhestand, GEW-Mitglied (2008 – 2011 Bezirkspersonalrat in Stuttgart), Literaturwissenschaftler und Historiker, Schriftsteller und Kabarettist: Das macht neugierig auf das dahintersteckende Werk.

Der Baden-Württemberger Jöst veröffentlichte literarische und literaturwissenschaftliche Bücher und Aufsätze in Zeitschriften, Anthologien und Sammelbänden, Jahrbüchern und Nachschlagewerken, journalistische Beiträge in Tages- und Wochenzeitungen sowie Rezensionen: Das breite Spektrum umfasst u.a. Satiren, Lyrik, Essays, literaturwissenschaftliche Untersuchungen, Kurzgeschichten und Kabarett-Texte.

Greifen wir aus dieser Vielseitigkeit den Kabarettisten heraus, der fast den ganzen Gedichtband „Blauer Trost“ prägt und die politische Auseinandersetzung einbringt, die ihm am Herzen liegt. Aufrüttelnd aktuell die „Schlag Zeilen März 2015“ (S.19):

**Nur zwei Tage nach dem
verheerenden Anschlag
in Sanaa (Jemen)
mit Hunderten Toten
und noch mehr Verletzten
verlor Bayern München
zu Hause im Stadion
mit null zu zwei Toren.
Der Gegner hieß Gladbach.
Das
wird in Erinnerung bleiben!**



Erhard Jöst, Blauer Trost, Gedichte, Edition Spinoza im Verlag
Freiheitsbaum, Reutlingen und Heidenheim 2015. 14€

Seit Brecht die reimlose Lyrik geprägt hat, sind auch viele Lyriker der Gegenwart dazu übergegangen. Wenn Jöst auch fast durchgängig in Reimen schreibt, so unterlässt er sie in diesem Gedicht wohl der stärkeren Aussage wegen. Es braucht nicht Rhythmus und Reim, die äußere Form ist genug.

Der Band „Blauer Trost“ umfasst drei Teile mit je 25 längeren oder kürzeren Gedichten: ‚Poetische Bilder‘, ‚Politische Satiren‘ und ‚Humoristische Unterhaltung‘. Dabei stellt man beim Lesen fest, dass diese Bereiche ineinandergreifen und sich überlappen: Politisch-Satirisches ist voller Humor oder politische Satiren kommen poetisch daher. Jöst zeigt sich in einigen Gedichten als

Meister in Wortspielen, die Baden-Württembergern und Kennern des Ländles Gänsehaut verursachen.

Im Teil ‚Poetische Bilder‘ bewegen sich die Texte durch Natur, Orte, Zeit, und mit zwei eindrucksvollen Gedichten würdigt Jöst Friedrich Schiller (S.15/16).

Kirchen- und Religionskritik übt Jöst im Teil ‚Politische Satiren‘, Kritik auch an den gegenwärtig herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Deutsch-deutsches nach 1989/90 ist ebenso dabei.

Der Teil ‚Humoristische Unterhaltung‘ kommt sehr kabarettistisch daher, nimmt Vegetarier und Veganer aufs Korn (S.67/68) und die bundesdeutsche Frauenemanzipation à la Alice Schwarzer und Ursula von der Leyen in einem Spottgedicht (S.74/75).

Jöst schreibt im Vorwort zu seinem Gedichtband: „Die zusammengestellten Gedichte verfolgen dasselbe Ziel: Sie wollen ein Lebens-Bild vermitteln. Man kann sich provozieren und trösten lassen, man kann die einzelnen Scherben zu einem Spiegel zusammensetzen.“

Im Nachwort zitiert Heiner Jestrabek einen nicht genannten Kritiker: „Die Gedichte von Erhard Jöst, zuweilen von romantischer Melancholie, mal heiter, mal zur Nachdenklichkeit anregend, öfters auch polemisch, häufig mit einem ironischen Unterton, manchmal auch mit einer Prise Sarkasmus versehen, machen betroffen oder reizen zum Lachen, bieten allesamt Denkanstöße und ein unterhaltsames Lesevergnügen.“

Jösts gereimte Gedichte dürfen nicht an Reimregeln gemessen werden. Einiges kommt etwas holprig daher, doch ist dies eindeutig dem Verständnis und dem Kabarettvortrag geschuldet, der letztendlich mit Musik unterlegt, auf den Hörer trifft. Jöst gründete 1988 das Kabarett GAUwahren, das bisher mit 20 Programmen und vier CDs hervorgetreten ist. 2012 wurde Jöst von der Bundesvereinigung Kabarett der Kleinkunstpreis der Stadt Aschersleben verliehen.

Ob Jöst, ein 68er, auch Kabarettist geworden wäre, ohne jene haarsträubende Attacke, die „im Vorfeld

ein Mayer“ (frei nach „Blauer Trost“ S.52) anblies, um ihn, den Gymnasiallehrer zu bestrafen mit einer Probezeitverlängerung, mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens und der Androhung einer Strafversetzung, kann nur er selbst beantworten. Der Anlass: Dr. Erhard Jöst und Christel Banghard-Jöst gaben am 22. Nov. 1980 ihre standesamtliche Vermählung in der Zeitung bekannt. Ein Zitat aus Heinrich Heines „Wintermärchen“ krönte die bescheidene Anzeige: „Und fehlt der Pfaffensegen dabei, die Ehe wird gültig nicht minder.“

Kabarettreif die Reaktion des damaligen Kultusministers. Das Verwaltungsgericht verhinderte die Realisierung des Strafkatalogs außer der Versetzung (nachzulesen in: Ruth Broda, Erhard Jöst, „Wintermärchen in der Provinz“, Freiburg 1981). Mayer-Vorfelder rächte sich, indem er Jöst 1987 mit einer „Staatsaktion“ auf Verfassungstreue überprüfen ließ, als dieser eine satirische Landeshymne in der Heilbronner Stimme als Leserbrief veröffentlichte.

Jöst ist seit 2011 im Ruhestand aber weiterhin aktiv im Ensemble GAUwahren.

Beatrix Boestel

Quellen:

- www.freigeist-weimar.de
- wikipedia.de
- google/you tube Kabarett Erhard Jöst



Erhard Jöst

Rechtsschutz auch für GEW-Mitglieder im Ruhestand

Manche Pensionäre und Rentnerinnen fragen sich, was es eigentlich noch bringt, nach dem Eintritt in den Ruhestand weiterhin Mitglied der GEW zu bleiben. Natürlich ist da an erster Stelle die Solidargemeinschaft zu nennen. Der Wille, auch weiterhin die Sache der Lehrerschaft und anderer in der Erziehungsarbeit Tätigen zu unterstützen und für die Interessen unserer Berufsgruppe einzutreten.

Aber auch die eigenen Interessen von uns im Ruhestand befindlichen Mitgliedern werden von der GEW vertreten. Zunächst hat die jüngere Vergangenheit gezeigt, dass weder das Renten- noch das Versorgungs- oder Zusatzversorgungsrecht vor Einschränkungen gefeit sind. Hier braucht es die Gewerkschaften, um Verschlechterungen bestmöglich zu verhindern. Und dann gibt es die Versorgungsempfänger/innen, die aus eigenem Antrieb einen Zusatzjob ausüben oder zwangsläufig auf Grund niedriger Altersversorgung auf eine weitere Tätigkeit angewiesen sind, welche die knappen Finanzen aufbessert. Gerade jetzt hat ja Kultusminister Stoch stark dafür geworben, dass pensionierte Lehrkräfte in Vorbereitungsklassen (VKI oder VABO) für Kinder von Asylbewerber/innen Deutschunterricht erteilen. Was aber geschieht, wenn es im Rahmen dieser sinnvollen Tätigkeit Probleme gibt?

Grundsätzlich besteht auch für GEW-Mitglieder im Ruhestand die Absicherung, die in der aktiven Zeit gegolten hat, also Berufshaftpflichtversicherung und Rechtsschutz durch die GEW. Folgende Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein:

1. Die Tätigkeit muss der Mitgliederverwaltung in der GEW-Landesgeschäftsstelle gemeldet werden (regine.hofmann@gew-bw.de oder 0711/21030-33) oder info@gew-bw.de. Dort wird die Änderung vermerkt und ggf. der Beitrag angepasst.

2. Rechtsschutz darf nur bei ordnungsgemäßer Mitgliedschaft für Tätigkeiten im Satzungsbereich der

GEW (also bspw. nicht für Hausmeister-, Verkaufs-, Pflege- oder Fahrdiensttätigkeiten etc.) und satzungsgemäßer Beitragszahlung für Rente, Pension und Tätigkeit gewährt werden.

Unabhängig davon gewährt die GEW Rechtsschutz während der gesamten Ruhestandszeit, sofern es sich um berufsbezogene Angelegenheiten handelt. Dazu gehören vor allem Widersprüche und ggf. Klageverfahren gegen Beihilfebescheide sowie Probleme mit den Versorgungsbezügen, also Renten und Ruhegehälter. Das gilt auch für die gesetzliche Krankenversicherung und das Schwerbehindertenrecht, eingeschränkt auch für Auseinandersetzungen mit der privaten Krankenversicherung.

Immer ansprechbar sind die für die Rechtsberatung zuständigen Bezirksrechtsschutzstellen der GEW in

Stuttgart	(rechtsschutz.nw@gew-bw.de)
Tübingen	(rechtsschutz.sw@gew-bw.de)
Karlsruhe	(rechtsschutz.nb@gew-bw.de)
Freiburg	(rechtsschutz.sb@gew-bw.de)

Die Telefonnummern findet man wie vieles andere auch unter www.gew-bw.de. Sehr wichtig ist, dass Mitglieder sich zuerst an die zuständige GEW-Rechtsschutzstelle wenden. Wenn bereits vorher ein Rechtsanwalt kontaktiert wurde, darf die GEW nicht mehr Rechtsschutz gewähren oder gar die Kosten übernehmen. Besonders interessant ist oft die Beantwortung der Frage, wie viel man hinzuverdienen darf, ohne dass die Ruhegehaltsbezüge gekürzt werden. Das ist individuell unterschiedlich, und die Rechtsschutzstellen der GEW können das in jedem Einzelfall exakt berechnen.

Es lohnt sich also, auch im Ruhestand in der GEW zu bleiben – für die aktiven Mitglieder ebenso wie für sich selbst.

*Jürgen Ebert, Rektor i.R.,
ehem. Leiter der GEW-Rechtsschutzstelle in Karlsruhe*

Eugen-Rombach-Tage: „Älterwerden als Chance“

// Rund 85 Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand fanden sich ein zu der Tagung in neuem Gewand und mit neuer Leitung: Erika Braungardt-Friedrichs und Traudel Kern wiesen in ihrer Begrüßung darauf hin, dass im Sinne einer Herbstakademie Themen aufgegriffen würden, die mit dem Älterwerden verbunden sind. //

Den ersten Beitrag dazu leistete Ulla Reyle im beeindruckenden Hauptvortrag der Tagung: „**Älterwerden ist nichts für Feiglinge**“. Die Diplomsozialarbeiterin und Diplomgerontologin* aus Tübingen plädierte in ihrem Vortrag für eine eigenständige Gestaltung der nachberuflichen Phase. Neben der Selbstfürsorge betonte sie im psychischen Bereich einen „weichen“ Umgang mit Veränderungen und sprach von „gewünschten“ Veränderungen im jungen Alter, im hohen dagegen von „zugefügten“. Ein frühzeitiges „Loslassen“ sei wünschenswert. Wichtig seien auch rechtliche Klärungen durch Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Erbschaftsregelungen. Ob das Alter als Gewinn oder Verlust erlebt werde, sei sehr individuell. Bei manchen Menschen breche Unerledigtes, Ungeklärtes wieder auf und verlange nach Aufarbeitung. Zusammenfassend betonte Reyle, dass auch im Alter ein gutes Leben möglich sei. Sie nahm Bezug auf die Generali Hochaltrigenstudie: „Teilhabe im hohen Alter“ des Instituts für Gerontologie der Universität Heidelberg (Prof. Andreas Kruse). Im Offenen Angebot am Abend wurde das Gehörte intensiv diskutiert. Von den abendlichen offenen Angeboten traf eines auf besondere Resonanz: Birgit Damke aus Nagold gab etwa zwanzig interessierten Personen eine Einführung ins Lachyoga. „Die ausgebildete Lachyoga-Trainerin schaffte es locker, uns alle über das zunächst grundlose künstliche Lachen zum herzlichen echten Lachen anzuleiten. An exemplarischen Übungen führte sie uns ins Lachyoga ein. Die Kombination aus Klatsch- und Atemübungen, verbunden mit pantomimischen Übungen, machten uns sichtlich und hörbar großes Vergnügen. Wir waren immer wieder froh, dass die Tür zu und wir unter uns waren!“ Jedes

Lachen führe zu einer positiveren Grundstimmung, mache freier und kreativer im Denken und sei überhaupt gesund! In diesem Sinne waren die 90 Minuten die perfekte Einstimmung in die Tagung.



Doro Moritz

* Ulla Reyle; Gerontologin und Supervisorin (WIT Uni Tübingen), Geistliche Begleiterin und selbständig tätig in der „Praxis für angewandte Alternswissenschaft und Supervision“

Der zweite Vormittag war verschiedenen Workshops gewidmet:

WS 1: Alternatives Wohnen für ältere Menschen mit Ingeborg Mayer, Mitglied einer WG

Der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum und die Angst vor Vereinsamung im Alter sind die Hauptmotive der Generation über 60 bei der Suche nach einer altersgerechten Wohnsituation. Der Generationenvertrag greift nicht mehr so wie früher. Von den Kindern wird berufliche und damit auch private Mobilität verlangt, sodass sie nicht mehr im Nahbereich der Eltern leben und diesen zu Pflege und Versorgung zur Verfügung stehen können, auch wenn sie es wollten. Die traditionelle Frauenrolle der Hausfrau, die Zeit hat für die Dienste im häuslichen Bereich, gibt es immer seltener. Darüber hinaus wollen viele alte Menschen ihre Kinder oder nahe Angehörige nicht mit dem Anspruch auf eine lebenslange Betreuung und Pflege unter Druck setzen. Aufgrund dieser Fakten werden immer mehr Wohnmodelle konzipiert und umgesetzt, die ein altersgerechtes Wohnen ohne familiäre Unterstützung ermöglichen, z.B. betreutes Wohnen mit Gemeinschaftsraum, Wohnen im Mehrgenerationenhaus oder in einer Alten-WG. Ingeborg Mayer, Mitglied einer solchen WG beleuchtete die Vor- und Nachteile dieser Wohnform und erzählte authentisch und ungeschminkt über ihre Erfahrungen: "Wir sind nicht befreundet und können uns keine lebenslange Pflege versprechen. Was möglich ist, sind kleine Hilfen im Alltag, ein nachbarschaftliches Miteinander mit niederschwelliger Unterstützung und gemeinsamen Unternehmungen auf freiwilliger Basis." Sie betonte, dass man sich bei der Suche nach geeigneten Wohnprojekten im Alter überlegen sollte, was einem unbedingt wichtig ist und dieses bei der Entscheidung berücksichtigt. Es wurde deutlich, dass eine Alten-WG keine personelle Konstanz bis zum Lebensende garantieren kann. In Mayers WG gab und gibt es immer wieder personelle Wechsel, weil Interessen und Lebensumstände von Mitgliedern sich veränderten. Insofern verlangt diese Wohnform Offenheit und Flexibilität. Von Vorteil ist das kostengünstige Wohnen auch in teureren Wohngebieten (z.B. Städte). Das Wohnen als Einzelperson in einer Mietwohnung wäre in solchen Regionen für finanzschwache ältere Menschen nur schwer möglich.

WS 2: Psychische Widerstandsfähigkeit erhalten oder aufbauen: Bärbel Rademacher definierte mit den zahlreich vertretenen Teilnehmer/innen „Resilienz“ und welche Faktoren dazu gehören. Es zeigte sich, dass Resilienz eine positive Kraft ist, die uns auch in der Phase des Älterwerdens dazu verhilft, unser Leben zu gestalten und nicht abzuwarten, was es noch bringt. Dabei lernen wir aus Erfahrungen und stärken uns mit Zuversicht. Kontaktpflege, Netzwerke, Selbst-

erfahrungen, Zugehörigkeit und das Gefühl, Einfluss nehmen zu können, sind einige der wesentlichen Faktoren von Resilienz.

WS 3: Zurückblicken – innehalten – weitergehen mit Wolfgang Böhler: Hier ging es darum, vom gegenwärtigen Alter aus auf die prägenden Ereignisse des bisherigen Lebens zurückzuschauen. Die Teilnehmer/innen arbeiteten daran, ihre Erlebnisse, soweit es möglich war, mit Würdigung, Dankbarkeit und Versöhnung einzuordnen. „Innehalten“ hieß: Wo stehe ich heute? Was bewegt mich? Wie erlebe ich Begrenzungen und wie gehe ich damit um? Im nächsten Schritt: „Weitergehen“ erörterten wir die Fragen: Bin ich mir meiner Ressourcen und Kompetenzen bewusst? Welche Wünsche und Ziele habe ich? Erkenne ich Aufgaben für meinen nächsten Lebensabschnitt? In großer Offenheit und mit starkem Interesse wurden diese Fragen diskutiert.

WS 4: Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg – interessant für ehemalige Lehrkräfte mit Dr. Joachim Friedrichsdorf, Geschwister-Scholl-GMS Tübingen: Er zeigte am Beispiel der Tübinger Geschwister-Scholl-Schule, deren Gemeinschaftsschulleiter er ist, exemplarisch auf, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Lernen in der GMS umgesetzt werden sollen. Er verwies auf die große Bedeutung des individuellen Lernens und die Wichtigkeit guter Beziehungen zwischen Schüler/innen und Lehr/Lernbegleiterinnen und zeigte auf, welche riesigen Herausforderungen dies für die Schulen mit sich bringt.

WS 5: Bürgerschaftliches Engagement am Beispiel LeiTa e.V. mit Erich Fritz, Vorsitzender des Tübinger Vereins „LeiTa; Lernen im Tandem e.V.; Patenprojekt“. Der Pensionär und Architekt im Ruhestand erzählte, dass 2006 LeiTa ins Leben gerufen wurde durch die Notwendigkeit der Begleitung einzelner Kinder in einer Vorbereitungsklasse einer Schule in Tübingen. Es bildete sich ein Netzwerk, das 2010 als gemeinnütziger Verein eingetragen wurde. Die Grundidee: Jeweils ein Pate, eine Patin hilft einem Kind sich zurechtzufinden und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Er oder sie begleitet das Kind über längere Zeit, mindestens 1 ½ - 2 Jahre, meistens 3-5 Jahre, wöchentlich 1-2 Stunden. 90 Patinnen und Paten stehen zur Verfügung, ehrenamtlich und kostenlos versteht sich, die mehr als 250 Kinder und Jugendliche begleitet haben und begleiten. Dies erstreckt sich auch auf private Unternehmungen z.B. Ausflüge. Vermittelt wird über Schulen in Tübingen, die Eltern müssen zustimmen. Das erste Treffen findet an der Schule statt, nach drei Treffen wird eine Vereinbarung getroffen. Der Verein bietet eine feste Struktur, die Paten und Patinnen erhalten eine Einführung und mindestens vier Fortbildungen pro Jahr. So wird ein ständiger Austausch gesichert. Die Patinnen/Paten sind über LeiTa in ihrer

ehrenamtlichen Tätigkeit versichert. Informationen unter www.leita-online.de. Am Nachmittag brachten die Führungen in Herrenberg zur Stiftskirche und dem Glockenmuseum Abwechslung. Der Abend war dem Programm des Lindenhoftheaters „Kenner trinken Württemberger“ gewidmet. Am Donnerstagvormittag ging es um Gewerkschaftspolitik.

1. Teil: Doro Moritz, Landesvorsitzende der GEW Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt ihres Vortrags stand der Umbau des Bildungssystems, das viele bildungspolitische Aktivitäten der GEW herausfordert, da in Deutschland – im Gegensatz zu Skandinavien oder Kanada - leider nur in Wahlperioden gedacht wird. Moritz stellte die wichtigen Themen der grün-roten Amtsperiode dar und zog eine positive Bilanz zu Einstellungen, Inklusion, Gemeinschaftsschule und regionaler Schulentwicklung. Das Verhältnis zur Landesregierung habe sich seit dem Amtsantritt von Kultusminister Stoch deutlich verbessert, es habe auch ein Umdenken stattgefunden: So seien die Stellenstreichungen zum großen Teil zurückgenommen worden und die gute Lehrereinstellung im Sommer 2015 hätte dazu geführt, dass nun keine Lehrkräfte mehr auf dem Arbeitsmarkt seien. Die ständige Lehrreserve (leider derzeit auf 1666 Deputaten eingefroren) sei schon lange im Einsatz und die große Zahl von Mutterschutzfällen, Langzeitkranken und die steigende Zahl von Flüchtlingen erfordere befristete Einstellungen in hoher Zahl. Pensionierte und Rentner/innen sind aufgefordert zu prüfen, ob sie die Schulen beim Unterricht für Flüchtlinge unterstützen können. Die neu eingeführten Veränderungen der Realschule, die nun auch die Hauptschulabschlussprüfung abnimmt, haben zu Irritationen an den Realschulen geführt, sind aber unumgänglich. Laut einer Befragung des SSA Tübingen wollten nur noch 0,7 Prozent der Elternschaft ihr Kind auf die Hauptschule schicken. Eine Schulfremdenprüfung sei aber den Kindern an der Realschule nicht zumutbar. Diese habe nun 6 Poolstunden erhalten und weitere seien in Aussicht gestellt. Dem gegenüber habe die Grundschule weiterhin keine Poolstunden. Geplant sei die Erweiterung um 2 Deutsch- und 2 Mathestunden ab 2016/17, trotzdem hätten die Grundschüler/innen in BW weniger Unterricht als die in Bayern. Der Ethikunterricht ab Klasse 1 sei überfällig! Die Situation der Schulleiter/innen kleiner Schulen sei skandalös: mit 180 Euro brutto und 20 Unterrichtsstunden seien sie kaum besser gestellt als ihr Kollegium. Die Änderung des Schulgesetzes bzgl. Inklusion sei beschlossen, untergesetzliche Regelungen müssten nun kommen, auch hier habe das KM Mittel bereitgestellt. Zum Schluss verwies Doro Moritz noch auf die anstehenden GEW-Gremienwahlen und die geplanten Konferenzen für Vertrauensleute und Personalräte Ende November.

Teil 2: Barbara Haas, Leiterin des Fachbereichs Seniorenpolitik und der Redaktion „Aktiver Ruhestand“:

Nach einer Einführung über den Begründer der Tagung Eugen Rombach gab es Ausführungen über die Arbeit des Fachbereichs für den ständig wachsenden Bereich der Mitglieder im Ruhestand. Im Kontext lebenslangen Lernens wurden die Angebote der Senior/innengremien in der GEW herausgestellt und auf die Verankerung der Beteiligung dieser Personengruppe in der Satzung der GEW hingewiesen. Ein weiteres Thema waren die Zusammenhänge zwischen den Tarifverhandlungen und den Versorgungsbezügen. Ein Politikum sei, dass Altersarmut Rentner/innen stärker betrifft, darunter weit mehr die Frauen. Auch die Altenpflege und das zweite Pflegestärkungsgesetz sowie Standards für bürgerliches Engagement älterer Menschen wurden angesprochen. In der Auswertung wurde die Vielfalt in der Tagung, methodisch wie thematisch, positiv hervorgehoben. Die Teilnehmenden traten zufrieden den Heimweg an.

Barbara Haas,
Traudel Kern,
Erika Braungardt-Friedrichs



Traudel Kern

Neue Medien

// Vom spröden Umgang der Seniorinnen und Senioren mit neuen Medien //

Wir kennen das, da sitzt man zusammen im Kreis ehemaliger Kolleginnen und Kollegen und dann fällt der Satz: „Du, dazu habe ich neulich was im Internet gelesen. Ich schicke dir den Link, der wird dich bestimmt interessieren. Gib mir mal deine E-Mail-Adresse.“ „Internet, E-Mail? Nein, hab ich nicht, will ich nicht.“ Und der sich angegriffen Fühlende fügt hinzu: „Ich habe Besseres zu tun, als jeden Tag vor diesem Ding zu sitzen und meine Zeit zu verplempern.“

Seniorinnen und Senioren stellen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung immer noch eine relativ kleine Nutzergruppe des Internets dar. Um einen Ausschluss dieser Gruppe aus der modernen Informationsgesellschaft zu vermeiden, sind die Förderung von Kenntnissen und der aktive Umgang mit PC und Internet unumgänglich. Und deshalb ist auch der Wille, Seniorinnen und Senioren ans Netz zu führen und den kompetenten Umgang zu fördern, seit Jahren ein Schwerpunkt des Arbeitskreises „Neue Medien“ der BAGSO, in der auch der Bundes senioren ausschuss der GEW Mitglied ist.

Wie das Statistische Bundesamt (Juli 2015) herausstellte, nutzen 57 Prozent der Seniorinnen und Senioren einen Computer und 45 Prozent das Internet. Seit 2010 ist der Anteil der 65-Jährigen und Älteren, die einen Computer nutzen, um rund 8 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer in dieser Altersgruppe hat sich im gleichen Zeitraum um 10 Prozentpunkte erhöht. Das liegt natürlich auch daran, dass Jüngere in diese Altersgruppe nachwachsen. Immerhin waren Männer ab 65 Jahren im Jahr 2014 mit 56 Prozent deutlich häufiger online als gleichaltrige Frauen (36 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten der Europäischen Union, in denen mehr als zwei Drittel der Senioren online sind, liegt Deutschland damit nur im Mittelfeld. Wenn man genauer hinschaut, wird deutlich, dass die Abstinenz weniger auf prinzipieller Ablehnung gründet, sondern auf Informationsdefiziten und Fehlinformationen. So geben etwa 40 Prozent der über 64-Jährigen ohne privaten Netzzugang an, sie könnten mit dem Internet gar nichts anfangen. Und zwar nicht, weil sie es nicht brauchten, sondern weil sie nicht wüssten, was man damit alles machen kann („Ich wüsste nicht, was ich damit soll!“).

Doch es gibt auch andere Hemmschwellen: 44 Prozent der Befragten geben an, dass ihnen das Internet viel zu kompliziert sei. Klar, denn der normale Zugangsweg läuft nach wie vor über ein Medium, das man

erst einmal beherrschen lernen muss - Computer bzw. Tablet oder Smartphone. 29 Prozent der Offline-Senioren sind darüber hinaus überzeugt, dass ein Internetanschluss für sie zu teuer wäre. Angesichts des inzwischen erreichten Preisniveaus mit Flatrates eine vermutlich eher gefühlte denn objektive Barriere. Obwohl, Altersarmut rechnet mit jedem Cent. Und wer den Sonderangeboten der bunten Prospekte mit dem Einkaufswägelchen hinterherrennen muss, um mit seiner Altersversorgung zurechtzukommen, wird kaum Zeit und Geld haben, Urlaubsreisen im Internet vorteilhaft zu planen. Und natürlich gibt es auch Seniorinnen und Senioren, die Computer und Internet grundsätzlich ablehnen: Menschen, die sich mit der Technik und dem Web gar nicht befassen wollen.

Es sind nur weniger, als man vielleicht denkt. Zwar gehören rund zwei Drittel der Seniorinnen und Senioren ohne Internet im Haushalt laut Infas zu den bisherigen Verweigerern - die Gruppe der echten Internet-Gegner unter ihnen ist also etwa genau so groß wie die der Fans und Nutzer (beide etwa über 40 Prozent). Doch der Rest zaudert eher, ist sich nicht recht sicher, welche Haltung gegenüber dem für diese Zielgruppe immer noch „neuen“ Medium einzunehmen sei. Immerhin 14 Prozent der Internet abstinenter Senioren geben beispielsweise an, dass sie sich „eigentlich schon längst einen Internetanschluss hätten zulegen müssen“. Aber: Nur fünf Prozent der über 64-Jährigen planen laut Infas, das in nächster Zeit auch zu tun.

Bei den 50 bis 64-Jährigen sind es mit 32 Prozent erheblich mehr, die sich einen privaten Zugang anschaffen wollen. Unter den Älteren sind vor allem die „jungen Alten“ aufgeschlossener - und Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht korreliert mit erhöhtem Grundinteresse. Die am schwierigsten zu erreichende Zielgruppe sind dagegen alleinstehende Seniorinnen. Jene Seniorinnen und Senioren, die über einen privaten Internetzugang verfügen, wissen ihn durchaus zu nutzen - jedoch anders als jüngere Generationen. Vor allem das Nachschlagen von Informationen ist eine wesentliche Anwendung für die über 64-Jährigen: mehr als die Hälfte macht dies mehrmals die Woche oder häufiger. Jeder Dritte dieser Altersklasse schreibt regelmäßig E-Mails. Also vielleicht klappt es dann doch noch mit dem E-Mail-Link, oder es regelt sich - wie vieles - durch Zeitablauf.

Karlheinz Trumpf

Seminarangebot

„Lang ersehnt – und nun? Perspektivenwechsel nach dem Eintritt in den Ruhestand“

Kolleg/innen in der GEW, die lange aktiv waren und die in den letzten beiden Jahren in den Ruhestand, in ein Freistellungsjahr vor dem Ruhestand oder in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eingetreten sind, sind herzlich zu diesem Seminar eingeladen. Wir wollen dort reflektieren, was sich für uns verändert hat und die eigenen Ziele und Wünsche für die Zukunft in den Blick nehmen. Was wollen wir in Zukunft tun – vielleicht auch in der GEW? Auch die Auseinandersetzung mit den Erkenntnissen der Hirnforschung und anderer Altersforschung über die vor uns liegende Phase unseres Lebens wollen wir uns anschauen.

Seminar mit Barbara Haas, am 08.März, 10 Uhr – 09.März, 14 Uhr im Löchnerhaus.

Anmeldung auf der Homepage der GEW Baden-Württemberg unter „Veranstaltungen“ nach Erscheinen des Veranstaltungsprogramms (wird mit der b&w 12 zugesandt)

Reiseangebote

von J. Teufel in Zusammenarbeit mit dem LPGA Mitglieder im Ruhestand:

Für 2016 hat Kollege Johannes Teufel wieder exklusive Reisen für uns geplant:

- Vom 13. bis 22. Juni 2016 entdecken wir Kreta von der weltweit einzigen Orthodoxen Akademie aus, eine völlig neue Perspektive und ein einzigartiger Zugang zu kretischer Lebensweise, Ursprüngen und daraus hervorgegangenen heutigen Bezügen, auch zwischen Deutschen und Kretern früher und heute.
- Zwei identische Reisen vom 13. bis 22. Mai und vom 29. Juli bis 7. August 2016 geben unerwartete Impressionen und Begegnungen mit Landschaften und Geschichte, Menschen und Kultur in Irlands Westen. Zuvor beeindruckten uns die Wicklow Mountains, Glendalough und Powerscourt Garden und eine nicht alltägliche Tour durch Dublin. Dann geht es von Sligo bis Galway in faszinierender Natur den äußersten Rand Europas entlang.
- Und schließlich erwartet uns Andrea Wodke in Berlin zu neuen Abenteuern.

Alles unter www.g-j-t.de/reisen.pdf und www.g-j-t.de/Irland.pdf nachzulesen.

Fragen beantwortet Johannes Teufel, Telefon 07034/653675

Treffen der Mitglieder 60+

Bereits zum fünften Mal fand in Südbaden der 60+ Tag in Rottweil statt.

Doro Moritz war eingeladen zum Thema „Grün-rote Bildungspolitik und die Rolle und Position der GEW als bildungspolitische Kraft“. Sie berichtete, wie grundlegend sich die Arbeit der GEW unter der grün-roten Landesregierung gewandelt hat. Bildungspolitisch mit dem KM weitgehend übereinstimmend sei die GEW jetzt häufig als kompetente Sachpartnerin gefragt. Im Vordergrund stünde die Durchsetzung der Interessen der Kolleginnen und Kollegen, die bei der Fülle der Veränderungen unter enormer Belastung stehen. An vielen konkreten Beispielen - auch an den Auseinandersetzungen mit der Opposition - stellte Doro Moritz diese Arbeit anschaulich dar.

Die Pause wurde für Begegnungen genutzt. Auf mehreren Stellwänden, gestaltet von den beiden Vorsitzenden der MiR Südbaden, Isabell Kuchta-Papp und Walburga Zecha, konnte sich jede/r über die Arbeit der GEW für die Mitglieder im Ruhestand informieren.

Anschließend referierte Michael Rux zu „Wer zu spät vorsorgt, den bestraft das Leben“. Immer wieder aktualisiert und rechtlich auf den neuesten Stand gebracht, gab er wertvolle Tipps, welche Überlegungen jede/r rechtzeitig vor dem Ernstfall anstellen sollte und was er/ sie dann tun sollte, um dem eine rechtsgültige Form zu geben. Er verwies auch auf die Vorsorgemappe, in der die notwendigen Schritte nachzulesen sind.

Der nächste, der sechste, 60+ Tag wird auf jeden Fall, dann in einer anderen Region Südbadens, stattfinden.

Isabell Kuchta-Papp



www.gew-bw.de

Südd. Pädagogischer Verlag
Postvertriebsstück E 9307 F

Silcherstr. 7a, 70176 Stuttgart
DP AG Gebühr bezahlt